

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.231.078

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6097/J-NR/2021

Wien, am 26. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. März 2021 unter der Nr. **6097/J-NR/2021**, an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Millionenausgaben im Justizministerium für neues Mailsystem - Durchführung durch Accenture - Gefahr der Vernichtung von Beweismitteln“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die österreichische Justiz setzte in den letzten Jahrzehnten die Software HCL (vormals Lotus bzw. IBM) Notes als Mail-, Kalender- und Adressbuchsystem sowie für die Entwicklung von Datenbanksystemen ein. Insbesondere im Bereich der ressortübergreifenden Zusammenarbeit führte dies in gewissen Konstellationen zu Inkompatibilitäten, weil in den übrigen Ressorts nahezu ausschließlich Microsoft Exchange und Outlook verwendet werden. Deshalb habe ich bereits zu Beginn des Jahres 2020 die Entscheidung getroffen, das Mailsystem HCL Notes im Bundesministerium für Justiz (BMJ bzw. der Zentralstelle) durch Microsoft Outlook/Exchange abzulösen.

Nach Maßgabe dieser Erwägungen beantworte ich die einer Beantwortung zugänglichen Fragen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Welche Regelungen gelten im Justizressort für die sichere Verwahrung von E-Mails bzw. von Daten die als E-Mails gespeichert sind?*
 - a. *Welche Konsequenzen drohen Beamten, die die Regelungen nicht einhalten?*
 - b. *Wann darf ein Beamter des Justizministeriums E-Mails aus seinem dienstlichen E-Mail-Postfach löschen?*
 - c. *Wie lange werden gelöschte E-Mails aufbewahrt?*
 - d. *Wo werden die gelöschten E-Mails aufbewahrt?*
 - e. *Wer ist für die Aufbewahrung verantwortlich?*
 - f. *Bis zu welchem Zeitpunkt können gelöschte Nachrichten für Compliance-Zwecke oder forensische Nachforschungen rekonstruiert werden?*

Für E-Mails gelten grundsätzlich die gleichen Regelungen wie für alle anderen Daten, wobei die Mail-Postfächer der Mitarbeiter*innen nicht für die dauerhafte Ablage von dienstlich relevanten Daten vorgesehen sind.

Dienstlich relevante Daten sind persistent in den entsprechenden Systemen wie z.B. im elektronischen Aktensystem ELAK abzulegen.

Neben den gesetzlichen Vorgaben sind folgende Regelungen für die Behandlung der dienstlichen Daten relevant:

- Die Büroordnung
- Das ELAK Organisationshandbuch
- Die Datensicherheitsvorschrift
- Die IKT Arbeitsplatzrichtlinie

Die sichere Verwahrung von E-Mails bzw. von Daten, die als E-Mails gespeichert sind, erfolgt auf – vom Bundesrechenzentrum (BRZ) betriebenen – Mailservern. Die Speicherkapazität von Mailboxen ist durch sogenannte „Quotas“ begrenzt. Technisch werden täglich Sicherungen der Mailserver durchgeführt und für zwei Wochen aufbewahrt, was auch den Zeitraum für die Herstellung von gelöschten Mails determiniert.

Zu den Fragen 2 und 3:

- *2. Verfügt der nicht im Justizministerium angestellte „Chief Digital Officer“ des Justizministeriums, Mag. Martin Hackl, über eine E-Mail-Adresse des Justizministeriums?*

- *3. Verfügen angestellte oder freie Mitarbeiter des Unternehmens „digital fast forward OG“, die im Miteigentum von Mag. Martin Hackl steht, über E-Mail-Adressen des Justizministeriums?*

Für externe Dienstleister – wie die in der Anfrage genannten oder der Bundesrechenzentrum GmbH (BRZG) – wird in ausgewählten Konstellationen eine E-Mailadresse bzw. Mailbox auf den gesicherten Systemen der Justiz eingerichtet.

Zur Frage 4:

- *Im BVT-Untersuchungsausschuss sagte der für den IKT-Bereich des Justizministeriums als Sektionsleiter verantwortliche Alexander Pirker als Auskunftsperson am 21. Mai 2019 aus: „Generell schauen wir natürlich im Justizressort auf Datensicherheit. Das ist uns ein hohes Anliegen. Wir versuchen immer, diese zu verbessern. Wir haben aber auch im Justizressort einige - einige ist übertrieben - immer wieder einmal Problem mit Daten gehabt.“*
 - a. Welche Probleme mit Daten meinte Sektionsleiter Pirker?*
 - b. Welche Verbesserungen wurden seit der Aussage von Sektionsleiter Pirker umgesetzt, der selbst für den Bereich, in dem die Verbesserungen notwendig sind, verantwortlich ist? Bitte um Angabe in Form einer Liste nach Jahr/ Beschreibung der Verbesserungsmaßnahme.*
 - c. Welche Datenlecks gab es im Justizministerium innerhalb der letzten fünf Jahre, die der zuständigen Datenschutzbehörde gemeldet wurden? Bitte um Angabe nach Jahr und Beschreibung des Datenlecks.*
 - d. Gab es seitens des Justizministeriums in den letzten fünf Jahren Anzeigen gegen Mitarbeiter_innen oder externe Personen im Hinblick auf den missbräuchlichen Umgang mit Daten? Bitte um Angabe nach Jahr und Beschreibung des Vorfalls.*

Es werden die internen Sicherheitsmaßnahmen und -richtlinien laufend an geänderte Rahmenbedingungen angepasst, um z.B. zu verhindern, dass geheime Verfahrensdaten vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangen. Zuletzt wurde die IKT-Benutzungsrichtlinie adaptiert.

Innerhalb der letzten fünf Jahre wurden der Datenschutzbehörde seitens meines Ressorts nachfolgende Fälle gemeldet:

1. Meldung vom 8.10.2019 – unzulässige EXDA-Abfragen durch eine Verrechnungsstelle;

2. Meldung vom 25.1.2020 – unzulässige EXDA-Abfragen durch eine Verrechnungsstelle;
3. Meldung vom 19.08.2020 - unzulässige Namensabfragen im Grundbuch durch eine Verrechnungsstelle;
4. Meldung vom 4.12.2020 - unbeabsichtigte Weitergabe von Adressdaten/ E-Mailadressen von Kund*innen einer Verrechnungsstelle.

In den letzten fünf Jahren gab es seitens meines Ressorts keine Anzeigen gegen Mitarbeiter*innen oder externe Personen im Hinblick auf den missbräuchlichen Umgang mit Daten.

Zur Frage 5:

- *Welche dringende Notwendigkeit gibt es für das Justizministerium, während der Corona-Pandemie das bestehende E-Mail-System durch ein neues, Millionen Euro teures System unter Einbeziehung der Firma Accenture GmbH (Firmenbuchnummer 1000017i) auszutauschen?*
 - a. *Steht das Projekt in Zusammenhang mit dem Verbergen von E-Mails vor der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, Strafverfolgungsbehörden oder dem parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuss?*
 - b. *Traf Herr Martin Hackl die Entscheidung, das Projekt der Einführung eines neuen, Millionen Euro teuren Mailsystems im Justizministerium zu starten?*
 - c. *Waren angestellte oder freie Mitarbeiter der Firma „digital fast forward OG“, die im Miteigentum von Herrn Martin Hackl steht, in Besprechungen über die Entscheidung, das Projekt der Einführung eines neuen, Millionen Euro teuren Mailsystems im Justizministerium zu starten, eingebunden?*
 - d. *Welche Mitarbeiter des Justizministeriums und welche externen Personen waren in die Entscheidung, das Projekt der Einführung eines neuen, Millionen Euro teuren Mailsystems im Justizministerium zu starten, involviert?*
 - e. *Gab es Besprechungen, deren Gegenstand die Entscheidung über den Start des Projekts der Einführung eines neuen, Millionen Euro teuren Mailsystems im Justizministerium war? Bitte um Beilage der Besprechungsprotokolle in der Anlage zu dieser Anfragebeantwortung.*
 - f. *Wann wurde die Entscheidung über die Einführung eines neuen Mailsystems getroffen?*
 - g. *War die Ressortleitung über die Entscheidung für dieses Millionenprojekt informiert?*
 - h. *Welche Firmen wurden vom Justizministerium mit Studien zur Beurteilung*

der Sinnhaftigkeit der Einführung eines neuen, Millionen Euro teuren E-Mail-Systems beauftragt?

- i. Welche Kosten sind für diese Studien angefallen?*
- ii. Falls keine externen Firmen mit Studien betraut wurden: Stellte das Justizministerium interne Studien über die Sinnhaftigkeit der Einführung eines Millionen Euro teuren neuen E-Mails Systems an?*
- iii. Zu welchem Ergebnis führten diese Studien? Bitte um Beilage der internen und externen Studien zur Beantwortung dieser Anfrage.*
- iv. Welche Personen im Justizministerium waren mit der Durchführung dieser Studien befasst?*

Die Entscheidung zur Ablöse des bestehenden Mailsystems wurde zu Beginn des Jahres 2020 selbst getroffen, um Inkompatibilitäten in der ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu beseitigen und die IKT-Standardisierung im Bund voranzutreiben. Auf die damit in Verbindung stehenden Kosten wird bei den Folgefragen eingegangen. Jedenfalls stellt die Corona-Pandemie keinen unmittelbaren Grund dar, die in Angriff genommenen Arbeiten abubrechen; vielmehr hat diese gerade gezeigt, dass Digitalisierungsanstrengungen innerhalb der Justiz verstärkt vorzunehmen sind, wozu auch ein modernes Kommunikationssystem gehört. Aus den eingangs genannten Gründen einer Standardisierung im Bund wurden keine Studien zum Vergleich von Mailsystemen o.ä. durchgeführt. Im Übrigen ist der Markt – was leistungsfähige Mailsysteme anbelangt – sehr überschaubar.

Zu den Fragen 6 und 9 bis 11:

- *6. Welche Gesamtkosten wurden im Justizministerium im Jahr 2020 für die Ablöse des bestehenden, einwandfrei funktionierenden E-Mail-Systems und die Einführung und den Betrieb des neuen E-Mail-Systems kalkuliert? Bitte um Angabe der Kosten gesamt, und pro Jahr für die Jahre 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, und Aufgliederung nach Kosten im Justizministerium und im Bundesrechenzentrum.*
 - a. Die Gesamtkosten betragen mehr als eine Millionen Euro, daher ist eine Genehmigung durch das Bundesministerium für Finanzen notwendig. Wer war im Bundesministerium für Finanzen für die Prüfung zuständig? Bitte um Beilage der Stellungnahme des BMF zu dieser Investition als Anlage zur Anfragebeantwortung.*
 - b. War Giemens-Martin Niedrist, der Generalsekretär im Bundesministerium für Finanzen und frühere Kabinettschef im Bundesministerium für Justiz in die Prüfung durch das Bundesministerium für Finanzen involviert?*
- *9. Welche Softwarekosten wurden vom Justizministerium für das neue E-MailSystem*

von Microsoft für Server und Clients kalkuliert? Bitte um Angabe der Kosten gesamt, und pro Jahr für die Jahre 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, die im Ministerium und im Bundesrechenzentrum für dieses Thema anfallen.

- *10. Welche Hardwarekosten wurden im Justizministerium für die den Betrieb des neuen E-Mail-Systems von Microsoft kalkuliert? Bitte um Angabe der Kosten gesamt, und pro Jahr für die Jahre 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, die im Ministerium und im Bundesrechenzentrum für dieses Thema anfallen.*
- *11. Welche Dienstleistungskosten wurden im Justizministerium in Zusammenhang mit der Ablöse, der Einführung und dem Betrieb des bestehenden, einwandfrei funktionierenden E-Mail-Systems kalkuliert? Bitte um Angabe der Kosten gesamt, und pro Jahr für die Jahre 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025.*

Die Gesamtkosten für die Ablöse des Mailsystems im BMJ liegen unter einer Million Euro, weshalb auch keine Einvernehmensherstellung mit dem Bundesministerium für Finanzen vorzunehmen war. Die kalkulierten Kosten (in Euro) pro Jahr stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Planwert Software	Planwert Hardware	Planwert Dienstleistung	Planwert Gesamt
2020	0	0	133.722	133 722
2021	6.877	160.490	bis zu 556.227	bis zu 723.595
2022	0	0	0	0
2023	0	0	0	0
2024	0	0	0	0
2025	0	0	0	0
Planwert Gesamt	6.877	160.490	689.950	857.317

Die Mail-Client-Softwarelizenzen sind als Bestandteil des Microsoft Enterprise Agreements (MS Office) vorhanden.

Zur Frage 7:

- *Welche Gesamtkosten hatte das Ministerium in den letzten sechs Jahren, und jährlich jeweils 2015, 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 für den Betrieb des bisherigen Mailsystems? Bitte um Aufgliederung nach Kosten im Justizministerium und im Bundesrechenzentrum.*

Die Betriebskosten für das Mailsystem im BMJ in den letzten sechs Jahren können insofern nicht angegeben werden, als das Mailsystem des BMJ integraler Teil der Gesamt-HCL-Domino-Notes-Infrastruktur war und ist. Auf dieser Infrastruktur laufen neben dem Mailsystem eine Vielzahl von Datenbanken und Anwendungen.

Zur Frage 8:

- *Auf wie vielen Arbeitsplätzen und in welcher Version soll der neue E-Mail-Client von Microsoft installiert werden?*
 - a. *In welchen Bereichen der Justiz befinden sich diese Arbeitsplätze?*

Der Rollout von Microsoft Outlook soll in mehreren Schritten auf allen Arbeitsplätzen des BMJ (Zentralstelle) erfolgen.

Zur Frage 12:

- *Laut Veröffentlichung im amtlichen Unternehmensservice-Portal wurde am 8. Mai 2020 seitens des Justizministeriums ein Vertrag mit der Firma Accenture mit dem Gegenstand „Abruf Senior Architekturberater und Architekturberater für die Analyse der IBM Notes Datenbanken, Erstellung eines Migrationsplans und Pilotierung für die geplante IBM Notes Ablöse im Bundesministerium für Justiz“ abgeschlossen.*
 - a. *Welches Volumen (in Euro) umfasste dieser Vertrag?*
 - b. *Welchen Betrag (in Euro) rechnete die Firma Accenture seither für diesen Vertrag mit dem Justizministerium ab?*
 - c. *Welchen Inhalt hat dieser am 8. Mai 2020 abgeschlossene Vertrag mit Accenture? Bitte um Beilage des Vertragstexts bei der Anfragebeantwortung.*
 - d. *Wer traf im Justizministerium die Entscheidung, die Firma Accenture ohne Ausschreibung zu beauftragen?*
 - e. *Wurde die Ressortleitung über die Entscheidung informiert, die Firma Accenture ohne Ausschreibung zu beauftragen?*
 - f. *War den Entscheidungsträgern im Justizministerium bekannt, dass Accenture ein Joint Venture mit der Firma Microsoft, nämlich die Firma Avanade betreibt, die auch in Österreich eine Niederlassung als AvanadeÖsterreich GmbH unterhält?*
 - g. *Für den am 8. Mai 2020 an die Accenture GmbH vergebenen Auftrag wurde vom Justizministerium der zwischen der Bundesbeschaffung GmbH und Accenture am 19. Mai 2017 abgeschlossene Rahmenvertrag mit der Geschäftszahl 3602.02842 benutzt, in dem für das Los „Team Applikationsentwicklung“ 118 Millionen Euro an Accenture vergeben wurden.*
 - i. *Welchen Inhalt hat dieser Vertrag? Bitte um Beilage des Rahmenvertragstexts bei der Anfragebeantwortung.*

h. Ist der am 8. Mai 2020 abgeschlossene Auftragsgegenstand im Vertrag zwischen Accenture GmbH und Justizministerium als „Applikationsentwicklung“ im Sinne des BBG-Rahmenvertrags qualifiziert?

Der angeführte Auftrag zur Analyse der bestehenden Systemumgebung zu HCL Notes und die Erstellung eines Migrationsplanes hatte ein Volumen von 75.684 Euro und wurde über den ausgeschriebenen BBG Rahmenvertrag 3602.02842 vergeben. Da es sich bei HCL Notes nicht nur um ein Mailsystem handelt, sondern auch eine Vielzahl von Individualapplikationen auf dieser Technologie umgesetzt sind, wurde der Auftrag auf Basis des genannten BBG-Rahmenvertrags erteilt.

Zu den Fragen 13 und 16:

- *13. Welche Applikationen wurden oder werden im Rahmen des an die Firma Accenture vergebenen Auftrags „Abruf Senior Architekturberater und Architekturberater für die Analyse der IBM Notes Datenbanken, Erstellung eines Migrationsplans und Pilotierung für die geplante IBM Notes Ablöse im Bundesministerium für Justiz“ entwickelt? War die Analyse der Machbarkeit und Sinnhaftigkeit der Ablöse des bestehenden Mail-Systems durch das E-Mailsystem „Microsoft Exchange“ Gegenstand dieses Auftrags an Accenture?*
 - a. Wurde eine Befangenheit im Hinblick auf die Objektivität einer Analyse bei Accenture gesehen, bei der es um die Frage ging, ob die Einführung eines Systems ihres Joint-Venture-Partners Microsoft Sinn macht?*
 - b. War den Entscheidungsträgern bekannt, dass Accenture den Auftrag nur mit Hilfe eines Subauftragnehmers abwickeln kann, der wiederum im teilweisen Eigentum von Microsoft steht - dem Lieferanten des neuen Mail-Systems?*
- *16. Welches Ergebnis lieferte der Auftrag an die Firma Accenture über mit dem Gegenstand „Abruf Senior Architekturberater und Architekturberater für die Analyse der IBM Notes Datenbanken, Erstellung eines Migrationsplans und Pilotierung für die geplante IBM Notes Ablöse im Bundesministerium für Justiz“? Bitte um Beilage des in der Auftragsbeschreibung angeführten Migrationsplans, der Analyse der IBM Notes-Datenbanken und anderer Ergebnisdokumente zur Anfragebeantwortung.*

Dieser Auftrag hatte die Klärung der Machbarkeit inkl. der Erarbeitung eines Migrationspfades zur Auflösung der Abhängigkeiten zwischen Datenbankapplikationen und Mailsystem zum Gegenstand. Dem BMJ war zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe bekannt, dass generell auch Subauftragnehmer zum Einsatz kommen können. Die Analyseergebnisse

zu teilweise geschäftskritischen Datenbanken des BMJ können aus sicherheitstechnischen Erwägungen nicht dargelegt werden.

Zu den Fragen 14, 15 und 17:

- 14. Welche Auftragsteile wurden für den am 8. Mai 2020 vom Justizministerium an die Firma Accenture GmbH vergebenen Auftrag tatsächlich von der Firma Avanade Österreich GmbH als Subauftragnehmer von Accenture GmbH durchgeführt? Bitte um Angabe des Ausmaßes in Personentagen und Euro bzw. unter Anführung der Projektteile, die vom Subauftragnehmer Avanade durchgeführt wurden/werden.
- 15. Hat die Firma Avanade ihrerseits wiederum Subauftragnehmer involviert? Bitte um Angabe des Namens der Subauftragsnehmer und des Ausmaßes in Personentagen und Euro bzw. unter Anführung der Projektteile, die vom Subauftragnehmer der Avanade behandelt werden.
- 17. Laut Angaben auf der Webseite von Avanade wurde die Firma im Jahr 2000 gegründet, mit Accenture als Mehrheitseigentümer und Microsoft als Minderheitseigentümer. In Österreich verfügt besteht die Niederlassung der Firma als Avanade Österreich GmbH mit der Firmenbuchnummer 341562y an der gleichen Adresse wie die Accenture Österreich GmbH.

Die bezugnehmende BBG-Rahmenvereinbarung lässt die Zuziehung von qualifizierten Subauftragnehmern zu, welche aus Sicht des BMJ auch zur Erbringung der beauftragten Leistungen befähigt waren. Für das BMJ war jedoch ausschließlich die Fa. Accenture GmbH als Vertragspartner tätig, Informationen über interne Arbeitsauf- bzw. -verteilungen der genannten Unternehmen waren und sind für das BMJ nicht von Relevanz.

Zu den Fragen 18 und 19:

- 18. Welche Aufträge hat die Firma Avanade vom Justizministerium (oder indirekt vom Bundesrechenzentrum in Angelegenheiten, das Justizministerium betreffend) als Auftragnehmer oder als Subauftragnehmer bzw. Sub-Subauftragnehmer anderer Auftragnehmer erhalten? Bitte um Angabe einer Liste von Beauftragungen für die Jahre 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 mit dem Projektnamen, Auftragswert für Avanade und dem Hinweis, ob Avanade als Auftragnehmer involviert ist, bzw. ob sie als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer auftraten und in diesem Fall, wer der Auftragnehmer des Ministeriums war.
- 19. In welchen Projekten des Justizministeriums ist die Firma Avanade als Auftragnehmer, Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer (direkt oder indirekt über das Bundesrechenzentrum, in Angelegenheiten, die das Justizministerium betreffen) derzeit involviert? Bitte um Angabe einer Liste von Beauftragungen mit dem

Projektnamen, Auftragswert für Avanade und dem Hinweis, ob Avanade als Auftragnehmer involviert ist, bzw. ob sie als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer auftreten und in diesem Fall, wer der Auftragnehmer des Ministeriums ist.

Die Fa. Avanade hat weder seitens des BMJ noch seitens des Bundesrechenzentrums in Angelegenheiten das BMJ betreffend Aufträge als Auftragnehmer erhalten. Konkrete Informationen zu allfälligen Tätigkeiten als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer liegen dem BMJ nicht vor. Wie in Frage 17 richtig festgehalten ist, wurde die Fa. Avanade 2020 gegründet und konnte daher in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 weder als Auftragnehmer noch als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer auftreten.

Zu den Fragen 20 bis 22:

- 20. Laut Veröffentlichung im amtlichen Unternehmensservice-Portal wurde am 27. November 2020 seitens des Justizministeriums ein Vertrag mit der Firma Accenture GmbH mit dem Gegenstand „Einführung von Exchange, Outlook und Microsoft 365 im Bundesministerium für Justiz“ abgeschlossen.
 - a. Welches Volumen (in Euro) umfasste dieser Vertrag?
 - b. Welchen Betrag (in Euro) rechnete die Firma Accenture seither für diesen Vertrag mit dem Justizministerium ab?
 - c. Welche Auftragsteile wurden/werden für den am 27. November 2020 vom Justizministerium an die Firma Accenture GmbH vergebenen Auftrag tatsächlich von der Firma Avanade Österreich GmbH als Subauftragnehmer von Accenture GmbH durchgeführt? Bitte um Angabe des Ausmaßes in Personentagen und Euro bzw. unter Anführung der Projektteile, die vom Subauftragnehmer Avanade behandelt werden.
 - d. Hat die Firma Avanade ihrerseits wiederum Subauftragnehmer involviert? Bitte um Angabe des Namens der Subauftragnehmer und des Ausmaßes in Personentagen und Euro bzw. unter Anführung der Projektteile, die vom Subauftragnehmer der Avanade behandelt werden.
- 21. Wer überwacht seitens des Justizministeriums die Tätigkeit der Firma Accenture und ihrer Subauftragnehmer?
- 22. Wer prüft die Abrechnungen der Firma Accenture seitens des Justizministeriums?
 - a. Kam es bei Abrechnungen bisher zu Überschreitungen der beauftragten Kosten und wann ja in welcher Dimension?

Die Beauftragung umfasste ein Volumen von bis zu 689.950 Euro, wovon bis zum Zeitpunkt der Anfrage 112.194,40 Euro für erbrachte Leistungen verrechnet wurden. Als Auftraggeber

gegenüber Accenture fungiert die Abteilung für Rechtsinformatik, Informations- und Kommunikationstechnologie des BMJ, die damit auch für inhaltliche Projektsteuerung und Controlling verantwortlich zeichnet. Zur Verteilung von Auftragsteilen zwischen Accenture und Sublieferanten wird auf die Antwort zu den Fragen 14 bis 15 und 17 verwiesen.

Zur Frage 23:

- *Wer traf im Justizministerium die Entscheidung, die Firma Accenture ohne Ausschreibung am 27. 11. 2020 zu beauftragen?*
 - a. *War den Entscheidungsträgern bekannt, dass Accenture den Auftrag nur mit Hilfe des Subauftragnehmers Avanade abwickeln kann, der wiederum im teilweisen Eigentum von Microsoft steht, dem Lieferanten des neuen E-Mail-Systems?*
 - b. *Für diesen (am 27. November 2020) zwischen Justizministerium und Accenture abgeschlossenen Auftrag wurde vom Justizministerium der zwischen der Bundesbeschaffung GmbH und Accenture am 19. Mai 2017 abgeschlossene Rahmenvertrag mit der Geschäftszahl 3602.02842 benutzt, in dem für das Los „Team Applikationsentwicklung“ 118 Millionen Euro an Accenture vergeben wurden. Ist der Auftragsgegenstand als „Applikationsentwicklung“ im Sinne des BBG-Rahmenvertrags qualifiziert?*

Rahmenvereinbarungen der BBG werden stets nach einem vorangehenden Vergabeverfahren geschlossen. Aufgrund der inhaltlichen Aufgabenstellung stellte sich ein Abruf aus dem BBG-Rahmenvertrag zur Geschäftszahl 3602.02842 als sachlich geboten dar. Die Fa. Accenture zeichnete sich wegen der klaren Zielsetzung zur Einführung von Microsoft-Produkten und der bereits erwähnten Kooperation mit Microsoft als fachlich qualifiziert aus. Der Auftrag wurde letztlich von der Abteilung für Rechtsinformatik, Informations- und Kommunikationstechnologie des BMJ erteilt.

Zur Frage 24:

- *Welche Applikationen wurden oder werden im Rahmen des an die Firma Accenture vergebenen Auftrags „Einführung von Exchange, Outlook und Microsoft 365 im Bundesministerium für Justiz“ entwickelt?*

Neben den bereits erwähnten Mail-, Kalender- und Adressbuchapplikationen ist im Rahmen des Auftrags eine technologische Neuentwicklung von ausgewählten Individualapplikationen, wie z.B. der Formular- und Vorlagenassistenten umfasst.

Zu den Fragen 25 bis 27:

- 25. Welche Aufträge hat die Firma Accenture vom Justizministerium (oder indirekt vom Bundesrechenzentrum in Angelegenheiten, das Justizministerium betreffend) als Auftragnehmer, Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer erhalten? Bitte um Angabe einer Liste von Beauftragungen für die Jahre 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 mit dem Projektnamen, Auftragswert für Accenture und dem Hinweis, ob Accenture als Auftragnehmer involviert ist, bzw. ob sie als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer auftraten und in diesem Fall, wer der Auftragnehmer des Ministeriums war.
- 26. Welche Subauftragnehmer setzt die Firma Accenture in diesen Aufträgen ein? Bitte um Angabe einer Liste von Beauftragungen an Accenture und den von Accenture verwendeten Subauftragnehmern und deren Anteil an den beauftragten Projekten.
- 27. In welchen Projekten des Justizministeriums ist die Firma Accenture als Auftragnehmer, Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer (direkt oder indirekt über das Bundesrechenzentrum, in Angelegenheiten, die das Justizministerium betreffen) involviert? Bitte um Angabe einer Liste von Beauftragungen an Accenture mit dem Projektnamen, Auftragswert für Accenture und dem Hinweis, ob Accenture als Auftragnehmer involviert ist, bzw. ob sie als Subauftragnehmer oder Sub-Subauftragnehmer auftreten und in diesem Fall, wer der Auftragnehmer des Ministeriums ist.
 - a. Welchen Projektfortschritt gibt es zum Zeitpunkt dieser parlamentarischen Anfrage in diesem Projekt?

Folgende Aufträge hat das BMJ in den Jahren 2015 – 2020 an Accenture (neben den in den Antworten zu den Fragen 12 und 20 bis 22 erwähnten) erteilt:

Jahr	Projektname	Auftragswert (in Euro)
2015	Storage-Konzept	33.000
2018	Wirkungsanalyse von Digitalisierungsvorhaben	35.448
2020-2021	Modernisierung des Kennzahlenreportings	478.376
2020-2021	Ablöse Integrierte Vollzugsverwaltung	411.766

Konkrete Informationen zu allenfalls von Accenture hinzugezogenen Subauftragnehmern liegen dem BMJ nicht vor.

Zu den Fragen 28 bis 32:

- 28. *Wie viele Postfächer des Justizministeriums wurden schon auf das neue Microsoft-Mail-System migriert?*
- 29. *Wann werden die verbleibenden Benutzer auf das neue Mail-System migriert?*
- 30. *Wie viele Mail-In-Datenbanken gibt es im Justizministerium im bestehenden Mail-System?*
- 31. *Wie viele dieser Mail-In-Datenbanken sollen in das neue Mail-System migriert werden?*
- 32. *Wie wird sichergestellt, dass bei der Migration der Mailboxen von einzelnen Benutzern und bei der Migration von Mail-In-Datenbanken keine Nachrichten verloren gehen?*

Zum Zeitpunkt der Anfrage wurde noch keine Migration von Postfächern auf das neue Mailsystem durchgeführt. Die Umstellung aller rund 600 Mailboxen des BMJ ist bis zum Ende des 2. Quartals geplant. Für die Durchführung der Migration wurden eine Reihe von Kontrollpunkten und Validierungsskripts vorbereitet, welche die vollständige und lückenlose Migration der Mailboxen sicherstellen.

Zu den Fragen 33 bis 35:

- 33. *Wie sieht das Archivierungs- und Sicherungskonzept für das derzeitige E-Mail-System des Ministeriums aus? Bitte um Angabe, was gesichert wird, wie oft, und auf wie viele Monate / Jahre zurück die Sicherung besteht.*
 - a. *Können gelöschte E-Mails von Mitarbeitern des Ministeriums für den Fall einer Untersuchung wiederhergestellt werden?*
- 34. *Wie sieht das Archivierungs- und Sicherungskonzept für das neue E-Mail-System des Ministeriums aus? Bitte um Angabe, was gesichert wird, wie oft, und auf wie viele Monate / Jahre zurück die Sicherung besteht.*
 - a. *Können gelöschte E-Mails oder Kalendereinträge von Mitarbeitern des Ministeriums für den Fall einer Untersuchung auch nach der Migration in das neue Mail-System wiederhergestellt werden, wenn sie im bestehenden E-Mail-System des Ministeriums als gelöscht gespeichert wurden?*
 - b. *Welche Informationen über (gelöschte) E-Mails oder Kalendereinträge gehen bei der Migration auf das neue E-Mail-System für immer verloren?*
- 35. *Sieht das Migrationskonzept der Firma Accenture bzw. ihres Subauftragnehmers Avanade eine befristete oder permanente Koexistenz des bestehenden und des neuen Mail-Systems vor? Wenn ja: Für welchen Zeitraum?*

Bezüglich des Archivierungs- und Sicherungskonzepts des bestehenden Mailsystems darf ich auf die Antwort zu Frage 1 verweisen. Im neuen Mailsystem wird an den bewährten Regelungen festgehalten. Die Sicherungen der „alten“ Mailboxen werden auch nach der Migration im Standard-aufbewahrungszyklus belassen, wodurch sich durch die Migration keine kürzeren Aufbewahrungszeiten ergeben oder gar Informationen verloren gehen. Für die Mailboxen des BMJ ergibt sich daraus kein darüber hinaus gehender Bedarf an einer Koexistenz der Mailsysteme.

Zu den Fragen 36 bis 39:

- 36. Wann soll das Postfach von Herrn Mag. Johann Fuchs, dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, auf das neue Mail-System migriert werden?
 - a. Besteht derzeit eine zentrale Datensicherung des Postfachs von Mag. Johann Fuchs, dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft?
 - b. Für welchen Zeitraum besteht diese Datensicherung und wo befindet sich diese Datensicherung?
 - c. Sind in dieser Datensicherung auch von Mag. Johann Fuchs gelöschte E-Mails und Kalendereinträge enthalten?
 - d. Für welchen Zeitraum sind in dieser Datensicherung gelöschte E-Mails und Kalendereinträge von Mag. Johann Fuchs enthalten?
- 37. Wann soll das Postfach von Herrn Mag. Christian Pilnacek, dem derzeit suspendierten Sektionsleiter der Sektion 4 im Justizministerium, auf das neue Mail-System migriert werden?
 - a. Besteht derzeit eine Datensicherung des Postfachs von Mag. Christian Pilnacek?
 - b. Für welchen Zeitraum besteht diese Datensicherung und wo befindet sich diese Datensicherung?
 - c. Sind in dieser Datensicherung auch von Mag. Christian Pilnacek gelöschte E-Mails und Kalendereinträge enthalten?
 - d. Für welchen Zeitraum sind in dieser Datensicherung gelöschte E-Mails und Kalendereinträge von Mag. Christian Pilnacek enthalten?
- 38. Wann soll das Postfach von Herrn Sektionsleiter Dr. Alexander Pirker, dem Sektionsleiter der Sektion 3 im Justizministerium, auf das neue Mail-System migriert werden?
 - a. Besteht derzeit eine Datensicherung des Postfachs von Herrn Sektionsleiter Dr. Alexander Pirker?
 - b. Für welchen Zeitraum besteht diese Datensicherung und wo befindet sich diese Datensicherung?
 - c. Sind in dieser Datensicherung auch von Herrn Sektionsleiter Dr. Alexander Pirker gelöschte E-Mails und Kalendereinträge enthalten?

- d. Für welchen Zeitraum sind in dieser Datensicherung gelöschte E-Mails und Kalendereinträge von Herrn Sektionsleiter Dr. Alexander Pirker enthalten?*
- *39. Wann soll das Postfach von Herrn Mag. Martin Hackl, dem nicht im Justizministerium beschäftigten „Chief Digital Officer“ des Justizministeriums, auf des neue Mail-System migriert werden?*
 - a. Besteht derzeit eine Datensicherung des Postfachs von Herrn Mag. Martin Hackl?*
 - b. Für welchen Zeitraum besteht diese Datensicherung und wo befindet sich diese Datensicherung?*
 - c. Sind in dieser Datensicherung auch von Herrn Mag. Martin Hackl gelöschte E-Mails und Kalendereinträge enthalten?*
 - d. Für welchen Zeitraum sind in dieser Datensicherung gelöschte E-Mails und Kalendereinträge von Herrn Sektionsleiter Mag. Martin Hackl enthalten*

Die Umstellung des Mailsystems erfolgt ausschließlich für den Bereich der Zentralstelle, weshalb auch nur die dieser zurechenbaren Personen von der Migration umfasst sind. Zu aktueller Planung sowie Archivierungs- und Sicherungskonzept verweise ich auf die vorangegangenen Ausführungen.

Zu den Fragen 40 und 41:

- *40. Welche Stelle kann im Justizministerium über die Wiederherstellung von gelöschten Mails entscheiden?*
 - a. Wie lange dauert eine solche Wiederherstellung, wenn die ID des Benutzers vorhanden und das Kennwort bekannt ist?*
- *41. Wie lange dauert im Justizministerium das Einspielen von Backups von gesicherten Postfächern?*

Über die Wiederherstellung von gelöschten Mails entscheidet der User selbst; im Fall einer staatsanwaltschaftlichen oder dienstbehördlichen Anordnung die Abteilung für Rechtsinformatik, Informations- und Kommunikationstechnologie des Bundesministeriums für Justiz. Die Dauer ist dabei abhängig von Art und Umfang der angefragten Wiederherstellung.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

